

Redaktion

Prof. Dr. Dieter Müller, Bad Dürrenberg (Schriftleitung) · Ltd. Kriminaldirektor a.D. Ralph Berthel, Frankenberg · Direktor beim Polizeipräsidenten a.D. Prof. Michael Knape, Fachhochschule der Polizei Brandenburg, Oranienburg · Prof. Dr. Sabrina Schönrock, Hochschule für Wirtschaft und Recht, Berlin

Aufsätze

Braucht es eine Kommission Forschung in der Gremienstruktur der AG Kripo?

Ausgangsbedingungen und mögliche Ausgestaltung – ein Impuls

von Esther Jarchow und Michael Meißner, Hamburg*

Der vorliegende Artikel stellt das Potenzial einer Kommission Forschung als Ergänzung zur derzeit bestehenden Gremienstruktur in der AG Kripo dar. Hierzu werden die Funktionen und Ziele einer solchen Kommission im Kontext des Aufgaben- und Bedarfspektrums der bestehenden AG Kripo eingeordnet sowie potenzielle Synergien und Hürden einer Implementierung beleuchtet.

Einführung

Eine Optimierung der Strukturen des Wissenstransfers aus der Forschung in die polizeiliche Praxis war in der Vergangenheit Gegenstand vieler Befassungen und ist nach wie vor ein aktuelles Thema.¹

Nicht nur die gesellschaftlich relevante Wissenschaft ist heute komplex, sondern auch die Dynamik der gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen weist eine – neue – Komplexität auf. Für die Polizei bedeutet dies, dass die vielfältigen polizeilichen Herausforderungen stärker denn je der Forschung bedürfen, auf Bundes- wie auch gleichermaßen auf Länderebene.

Aus dieser Erkenntnis ergeben sich vielfältige kriminalistisch-kriminologische Forschungsbedarfe und Forschungsaktivitäten zu (fast) identischen Themenkomplexen, die in ihren Analysen und Ergebnissen z.T. sehr different ausfallen. Dies ist aus Sicht der Wissenschaft nicht zwingend negativ zu bewerten, ganz im Gegenteil, wirft aber aus ökonomischen Abwägungen die Frage nach dem kumulierten Ressourceneinsatz auf.

Für die perspektivische Gestaltung gemeinsamer Koordinationsmöglichkeiten polizeiinterner² sowie polizeinaher³ kriminologisch-kriminalistischer Polizeiforscherinnen und -forscher stellt sich daher aktuell die Frage, ob eine neu einzurichtende *Kommission Forschung* (KF) in der Gremienstruktur der AG Kripo⁴ zu einer engeren Verzahnung und intensiverem (Arbeits-)Austausch zwischen den Akteurinnen und Akteuren führen könnte.⁵ Konkretisiert wurde dieser Aspekt bereits durch den ehemaligen Direktor des Landeskriminalamtes Nordrhein-Westfalen, Wolfgang Gatzke: »Für die kriminalistisch-kriminologische Forschung bedarf es – ähnlich wie für die Polizeiliche Kriminalprävention – in der Gremien-

landschaft unterhalb der Ständigen Innenministerkonferenz (IMK) eines eigenständigen Gremiums, zumindest sollte die kriminalistisch-kriminologische Forschung regelmäßiger Tagesordnungspunkt auf den Tagungen der AG Kripo oder anderen Gremien werden« (Gatzke 2013: 10).

Derzeitige Zusammenarbeit im föderalen System in Fragen der Kriminalitätsbekämpfung

Die Zentralstellenfunktion des Bundeskriminalamtes (BKA) besteht in der Sicherung der Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern. »Zur Wahrnehmung seiner Aufgaben ist das BKA auf die Unterstützung und Zusammenarbeit der Länder angewiesen. [...] Eine Vielzahl von Gremien, Kommissionen und Arbeitsgruppen mit Vertretern der Länder und des Bundes bemühen sich auf der politischen wie der polizeilichen Ebene, diese und andere gemeinsam berührende Fragen möglichst einvernehmlich zu klären. Zu nennen sind auf der politischen Ebene die »Ständige Konferenz der Innenminister/-senatoren des Bundes und der Länder« (IMK) sowie der Arbeitskreis

* Esther Jarchow (Diplom-Soziologin, Leiterin der Kriminologischen Forschungsstelle der Polizei Hamburg) und Michael Meißner (Leitender Kriminaldirektor, Leiter des Fachstabes) Landeskriminalamt Hamburg.

1 Siehe aktuell Pesta/Blomberg et al. 2019 zu einer Ausrichtung der Kriminologie, der Translational Criminology im Geiste der translationalen Forschung. Im deutschsprachigen Raum wird der Begriff der translationalen Forschung bislang eher im Bereich Medizin und Public Health verwendet. So kann Grundlagenforschung mit der praktischen Anwendung von Forschungsergebnissen verbunden und gleichzeitig eine Rückführung von eher praktischen Fragestellungen an die Forschenden erreicht werden.

2 Siehe zu den Akteurinnen und Akteuren Jarchow 2016: 187 f.

3 Siehe zu den Polizeiforscherinnen und -forschern Jarchow 2021: 89 ff.

4 Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Landeskriminalämter und des Bundeskriminalamtes (AG Kripo).

5 Davon abzugrenzen ist die neue Stabsstelle an der Deutschen Hochschule der Polizei (DHPol) im Bereich Wissenstransfer und Vernetzung polizeilicher Sicherheitsforschung. Sie soll künftig die Funktion als Transferstelle für polizeiliche Wissenschaft und Praxis und die Funktion als polizeiliche Vernetzungs- und Kommunikationsplattform für den Bereich Forschung erfüllen und damit verschiedene Tätigkeiten des zum 31.12.2021 endenden Bund-Länder-Projekt KOST SiFo (Koordinierungsstelle polizeiliche Sicherheitsforschung) übernehmen. Dies betrifft die Aufgabenfelder Wissenstransfer, Vernetzung, Informationssammlung und -verbreitung sowie Forschungsberatung für das gesamte Spektrum der Sicherheitsforschung und schließt somit eine Lücke in der bisherigen Aufgabenwahrnehmung der DHPol.

»Öffentliche Sicherheit« (AK II) der Leiter der Polizeiabteilungen der Innenministerien. Der Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Landeskriminalämter mit dem BKA (AG Kripo) und ihren zahlreichen **Fachkommissionen** [...] obliegt die Umsetzung in die polizeiliche Praxis. Dabei werden die zu behandelnden Themen und Maßnahmen nicht nur von ‚oben nach unten‘ gesteuert; sie werden auch von der polizeilichen Arbeitsebene aufgegriffen und den oberen Entscheidungs- und Planungsgremien zugeleitet« (KrimLEX o.J.).

Somit kommt Fachkommissionen eine entscheidende Rolle in der Gremienstruktur zu.

Das Arbeiten auf der Ebene einer sogenannten Fachkommission ist bereits Standard. Zur Zeit gibt es sieben Kommissionen als Aufbauorganisation im Kontext der Bund-Länder-Gremien.⁶ Denn: »Eine wirkungsvolle Aufgabenerledigung in einem föderalen System bedingt eine ständige Abstimmung und enge Zusammenarbeit aller beteiligten Partner. Zu diesem Zweck haben sich zahlreiche Bund-Länder-Gremien gebildet, für den Bereich der Kriminalitätsbekämpfung sind dies insbesondere die AG Kripo und ihre Kommissionen« (Bundeskriminalamt 2013: 4). In den bestehenden Kommissionen lassen sich deliktsbezogene und kriminal- bzw. einsatztechnische Forschungsthemen relativ gut integrieren. Kriminalistisch-kriminologische Forschungsthemen sind demgegenüber häufiger Gegenstand von Bund-Länder-Arbeitsgruppen, die temporär eingerichtet keine kontinuierliche Koordination dieser Themen sicherstellen können.

Welche Aufgaben hätte eine neue Kommission Forschung?

Laut dem »Gremienpapier« des BKA fallen folgende Aufgaben den Kommissionen zu:

- »Koordinierungs-, Steuerungs- und Kontrollfunktion durch entscheidungsbefugte Vertreter
- eigeninitiatives und innovatives Handeln als Impulsgeber
- zügige, flexible Arbeitserledigung durch Verkürzung der Geschäftsgänge sowie Beschleunigung der Abstimmungsprozesse
- präzise Auftragserteilung
- Qualitätssicherung
- Steuerung der anlassbezogenen Experten-/Sachbearbeiter-tagungen und Symposien« (ebd.: 7).

Diese genannten Aufgaben der Kommissionen sind auch auf eine *Kommission Forschung* übertragbar. Durch die den Kommissionen zugewiesenen Aufgaben wird das Ziel verfolgt »die AG Kripo von Detaildiskussionen zu entlasten, um Raum für strategische Überlegungen zu schaffen« (ebd.: 6).

Die nachstehende Übersicht zeigt, dass viele aktuelle Forschungsprojekte bzw. Arbeitsgruppen mit Forschungsanteilen direkte Bezüge zu den für die AG Kripo festgelegten Aufgaben (vgl. ebd.: 5) haben.

All diesen Themen ist gemein, dass:

- sie von bundesweitem Interesse sind,
- sich immer jeweils mehrere Bundesländer forschungsstrategisch mit diesen Themen auseinandersetzen,
- ein Konsens über den Forschungsbedarf besteht,
- die Länder – auch aus politischem und/oder gesellschaftlichem Handlungsdruck – diverse Forschungen dazu veranlassen,

Aufgaben	aktuelle Forschungsbedarfe
»Beobachtung des Kriminalitätsgeschehens«	– Opferwerdung/Kriminalitäts- und Sicherheitswahrnehmung (Forschungsprojekt SKID)⁷ – Extremismus/Rassismus/Hasskriminalität – Rassismus/Rechtsextremismus in der Polizei/Gewalt durch Polizeibeamte – Gewalt gegen Polizeibeamte (und Rettungskräfte) – Clankriminalität – Femizide – ...
»Erarbeitung von Konzeptionen zur repressiven und präventiven Bekämpfung bestimmter Kriminalitätssphärenomene«	– Terrorismus/Radikalisierung – Cybercrime – Beziehungsgewalt
»Unterstützung bei der Prävention«	– Einstellungsmuster der Polizei (Polizeistudie »Motivation, Einstellung & Gewalt im Alltag von Polizeivollzugsbeamten« [MEGAVO])⁸ – ...
»Forschung zur Entwicklung polizeilicher Methoden der Kriminalitätsbekämpfung«	– Predictive Policing – ...
»Regelung zur Führung polizeilicher Statistiken«	– Befragungsbasierte Daten (Studie »Sicherheit und Kriminalität in Deutschland« [SKiD]) – ...

Übersicht 1: Aufgabenbezüge der AG Kripo zur Sicherheitsforschung

- ein Definitions- und gemeinsames Begriffsverständnis eigentlich Voraussetzungen für die jeweiligen Forschungsaktivitäten sind und
- bereits in Bund-Länder-Projektgruppen bzw. -Arbeitsgruppen (BLPG bzw. BLAG) oder über explizit extra eingerichtete Unterarbeitsgruppen *Forschung* (UAG Forschung) oder Unterarbeitspakte (UAP) einer Bund-Länder-Initiative zumindest die Sachstände zu den einzelnen Forschungsaktivitäten erfasst wurden, ergo damit
- Lagebildbedarfe bestehen.

6 Es sind die Kommissionen zu Kriminalitätsbekämpfung (KKB), Organisierte Kriminalität (KOK), Staatsschutz (KST), Kriminalwissenschaft und -technik/Erkennungsdienst (KKWT/ED), Einsatz- und Ermittlungsunterstützung (KEEU), Polizeiliche Kriminalstatistik (KPKS) sowie INPOL-Fachlichkeit (KINF) (vgl. Bundeskriminalamt 2013: 7 f.).

7 Siehe hierzu Bundeskriminalamt (o.J.): Bevölkerungsbefragung zu Sicherheit und Kriminalität in Deutschland (SKiD). URL: https://www.bka.de/DE/UnsereAufgaben/Forschung/ForschungsprojekteUndErgebnisse/Dunkelfeldforschung/SKiD/skid_node.html [Zugriffsdatum 21.09.2021].

8 Siehe hierzu Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (2021): Projektskizze Megavo. URL: <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/sicherheit/megavo-projektskizze.html> [Zugriffsdatum 20.10.2021].

Die Vorteile einer Gremien-Organisation liegen in diesem hier behandelten Kontext in der

- Verteilung von Verantwortung,
- Gewährleistung einer repräsentativen Vertretung,
- Zusammenführung unterschiedlicher Interessen,
- Koordination von Plänen und Strategien,
- Effizienzsteigerung von Information und Kommunikation und
- Vermeidung voreiligen Handelns.

Nachteilig sind

- die Tendenz zur Entscheidungsunfähigkeit und
- der Zwang zum Eingehen von Kompromissen auf der Basis des kleinsten gemeinsamen Nenners (vgl. Wirtschaftslexikon²⁴ o.J.).

Eine *Kommission Forschung* sollte deshalb auch nicht als ‚First Responder‘ im Sinne einer Ersten Hilfe für jegliche Forschungsbedarfe der Politik zum Feld der Inneren Sicherheit miss- bzw. verbraucht werden. Dies käme einer Instrumentalisierung der Wissenschaft für Akutfälle gleich, bei der diese quasi in die Rolle eines ‚Alibigebers‘ für politische Entscheidungen käme. Vielmehr gilt es, Vertrauen in die Kompetenz und insbesondere die Unabhängigkeit der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu haben.

Potenziale einer Kommission Forschung am Beispiel der Polizeistudie

An dem Vorhaben einer eigenständigen sogenannten Polizeistudie⁹ (vgl. Feltes und Plank 2021: 77) lässt sich exemplarisch aufzeigen, welches Potenzial in einer *Kommission Forschung* für sozialwissenschaftlich-kriminologische Fragestellungen steckt.

Wiederkehrende Berichte über Rechtsextremismus und Rassismus bei der Polizei sowie polizeilichem Fehlverhalten führten zu einer öffentlich wie polizeiintern kontrovers geführten Debatte, ob die Polizei – überspitzt formuliert – Opfer von »Polizei-Bashing« (Henrichs 2021: 7) sei oder aber ob die Sicherheitsbehörden ein Problem hätten, welches zu einem grundsätzlichen Vertrauensverlust in diese Institution führen könnte. Eine wissenschaftliche Befassung wurde als Bedarf von der Öffentlichkeit und der Politik eingefordert. Bereits für die polizeiliche Positionierung innerhalb dieses Diskurses hätte eine *Kommission Forschung* einen fachlichen Beitrag leisten können.

Diese sogenannte Polizeistudie wird aktuell als MEGAVO-Forschungsprojekt¹⁰ realisiert und soll das Ideal einer unabhängigen wissenschaftlichen Studie erfüllen, die der Politik, Gesellschaft und Polizei gerecht wird und auf transparente Art und Weise belastbare Ergebnisse schafft (vgl. Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat 2021: 27). Die Ausrichtung der Forschung ist durch den Anspruch, ganzheitliche Erkenntnisse erzielen zu wollen, vielschichtig, woraus der modulare Aufbau des Projekts resultiert.

Allein die Fragen zur theoretischen Ausrichtung der Studie, die Einbeziehung von Handlungsperspektiven sowie die Diskussion über die Vollerhebung vs. Stichprobe in der Anbahnungsphase des Projektes erfordern Abstimmungen. Sowohl die Frage der grundsätzlichen Beteiligung der Länder als auch die Beteiligung über ergänzende Fragen der Länder erschweren einen zügigen Projektstart. Befragungen von Polizeibe-

amten und Polizeibeamten unterliegen grundsätzlich der personalrätlichen Mitbestimmung. Bei einer geplanten Vollerhebung erfordert dies, in einen Diskurs mit allen Personalräten der Länder und des BKA zu gehen. Der Feldzugang ist erfahrungsgemäß immer der schwierigste Teil solcher Untersuchungen. Über einen polizeilich-fachlichen Beirat und einen wissenschaftlichen Beirat werden genau diese Aspekte für das MEGAVO-Projekt derzeit bewegt.

Eine *Kommission Forschung* der AG Kripo könnte als Schnittstelle zwischen Kriminalpolitik, Kriminalitätsbekämpfung und Forschungsvorhaben fungieren, um die AG Kripo hinsichtlich polizei- sowie forschungspraktischer Erfordernisse, Rahmenbedingungen und möglicher Fallstricke zu beraten.

Die anfänglichen unterschiedlichen Positionierungen hinsichtlich des Forschungsbedarfs sowie die nun auftretenden Planungs- und Umsetzungsschwierigkeiten führten dazu, dass vermehrt Einzelstudien ins Leben gerufen wurden. Bei dem zu einem späteren Zeitpunkt eingerichteten Forschungsprojekt MEGAVO kommt es deshalb zu Überschneidungen mit aktuellen ähnlich gelagerten Forschungsprojekten der Länder. Um eine ganzheitliche Befassung mit den Themen Diskriminierung und Rassismus innerhalb der Polizei und anderen staatlichen Institutionen zu ermöglichen, forschen verschiedene Akteurinnen und Akteure zu der Thematik. Dies geschieht zum einen durch Kooperation mit und/oder im Austausch mit polizeilichen Einrichtungen wie Fachhochschulen, Polizeiakademien, den Länderpolizeien sowie zum anderen durch unabhängige, universitäre Wissenschaften.

Die teilweise sehr ähnlich gelagerten Forschungsprojekte untersuchen dabei

- Rassismus, Rechtsextremismus und Diskriminierung innerhalb der Polizei und anderen Sicherheitsbehörden,
- Motivation, (demokratische) Einstellungen und Wertehaltungen bei Polizeibediensteten
- und die Polizei als Akteurin im Spannungsfeld einer offenen, pluralistischen Gesellschaft, die sich als lernende Organisation zwischen staatlichem Auftrag und öffentlicher Kritik bewegt.

Eine umfassendere (aber nicht abschließende) Darstellung der aktuellen Studienlage wird in der nachstehenden Abbildung vorgenommen.

Die obigen Ausführungen machen deutlich, dass eine *Kommission Forschung* schon zu Beginn der Debatte einen wesentlichen Beitrag hätte leisten können, um die Forschungsbedarfe innerhalb der deutschen Polizeilandschaft zu kanalisieren, Synergien zu schaffen und die Projektplanung sowohl hinsichtlich polizeilicher als auch wissenschaftlicher Erfordernisse strategisch zu begleiten.

Wie sähe eine Kommission Forschung idealtypisch aus?

Im Gremienkontext der AG Kripo »als kriminalstrategisches Planungsgremium« (Bundeskriminalamt 2013: 5) würde eine *Kommission Forschung* analog der bereits vor-

9 Zunächst wurde diese als »Rassismus-Studie« deklariert (vgl. Feltes und Plank 2021: 76).

10 Siehe hierzu Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (2021).

Studienlage zu Rassismus und Polizei in Deutschland

Stand: 08.11.2021

Forschung durch und im Austausch mit polizeilichen Akteuren und Akteuren

„Polizeiliche Alltagserfahrung – Herausforderungen und Erfordernisse einer lernenden Organisation“
Hessisches Kompetenzzentrum gegen Extremismus, Hessisches Ministerium des Inneren und für Sport

Demokratie und Werte in der Polizei
Hochschule der Polizei Rheinland-Pfalz

„Rechtsextremisten in den Sicherheitsbehörden“
Bundesamt für Verfassungsschutz

zuRecht – Die Polizei in der offenen Gesellschaft
Max-Planck-Institut zur Erforschung von Kriminalität, Sicherheit und Recht, Deutsche Hochschule der Polizei, Universität Freiburg

„Polizeipraxis zwischen staatlichem Auftrag und öffentlicher Kritik: Herausforderungen – Bewältigungsstrategien – Risikokonstellationen“
Polizeiakademie Niedersachsen

„Demokratiebezogene Einstellungen und Werthaltungen innerhalb der Polizei Hamburg“ (DeWePol)
Akademie der Polizei Hamburg, Polizeiakademie Niedersachsen

„Motivation, Einstellung und Gewalt im Alltag von Polizeivollzugsbeamten“ (MEGA VO)
Deutsche Hochschule der Polizei

„Umgang mit Fremdheit, Entwicklung im Längsschnitt der beruflichen Erstsozialisation“ (UMFELDER)
Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen

„Antimuslimische Einstellungen in der Polizei? Der Zusammenhang von Kontakthäufigkeit und -qualität mit Vorurteilen und Stereotypen gegenüber Muslimen“
Akademie der Polizei Hamburg, FernUniversität Hagen, Universität Hamburg

© 2021 Landeskriminalamt Hamburg – Kriminologische Forschungsstelle

Forschung durch Universitäten und unabhängige Wissenschaft

„Racial Profiling möchte ich da gar nicht groß negieren oder von der Hand weisen! Rassismus und Polizeiarbeit. Eine qualitative Studie zu rassismusrelevanten Erklärungs- und Handlungsmustern von Polizist*innen in NRW.“
Ruhr-Universität Bochum

„INSIDER - INnere Sicherheit und DEMokratische Resilienz. Bedingungen und Wechselwirkungen polizeilichen Handelns in der pluralen Gesellschaft“
Universität Trier

„KVIAPOL: Körperverletzung im Amt durch Polizeibeamt*innen“
Ruhr-Universität Bochum

„Berliner Polizei Monitor“
Technische Universität Berlin

„Vorurteilsstrukturen“ bei der Polizei den Feuerwehren und den Ordnungsämtern“
Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen (in Planung)

„Werte- und Einstellungskompass der Polizei“ (WeKoPol)
Ruhr-Universität Bochum

„Rassismus als Gefährdung des gesellschaftlichen Zusammenhalts im Kontext ausgewählter gesellschaftlich-institutioneller Bereiche“
Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt

„Racial bias in police traffic stops: White residents' county-level prejudice and stereotypes are related to disproportionate stopping of Black drivers“
Universität Hamburg, FernUniversität Hagen

Abbildung 1: Aktuelle Studien zu Rassismus und Polizei in Deutschland

handenen Kommissionen aus stimmberechtigten Personen bestehen: »Stimmberechtigte Mitglieder sind Vertreter aller Landeskriminalämter oder deren Bevollmächtigte sowie das Bundeskriminalamt, das den Vorsitz innehat« (ebd.: 9).

Gremien sollten grundsätzlich durch Personen besetzt sein, die in den Prozessen tätig sind. Für eine *Kommission Forschung* wären dies Vertreter der LKÄ, die für die Forschung in den Ländern verantwortlich sind, also vorrangig diejenigen, die in einer polizei-eigenen Forschungsstelle arbeiten. Allerdings gibt es neben dem BKA bisher nur in den LKÄ Bayern, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen sowie in Schleswig-Holstein jeweils eine etablierte Forschungsstelle.

Ein Argument, das vor diesem Hintergrund gegen die Einrichtung einer *Kommission Forschung* sprechen könnte, lautet, dass die nicht genannten Länder ggf. personelle Schwierigkeiten haben könnten, für eine Kommissionsarbeit Vertreterinnen und Vertreter zu benennen. Dem ist jedoch argumentativ entgegenzuhalten, dass es in der Vergangenheit bislang allen Ländern gelungen ist, für Bund-Länder-Projektgruppen mit definiertem Forschungsbezug (z.B. Predictive Policing oder SKiD) *Bevollmächtigte* zu entsenden; bspw. über ihre jeweiligen Fachhochschulen.

Eine *Kommission Forschung* könnte sich in ihrer Ausrichtung an der Strategiekommission Forschung der Universität Tübingen orientieren. Dort heißt es: »Um gemeinsame Forschungsstrategien zu diskutieren, Synergien mit Forschungseinrichtungen außerhalb der Universität zu nutzen und spezifische Forschungsbereiche zu stärken, wurde die Strategiekommission Forschung („Committee for Research Strategy and Coordination“) eingerichtet. Die Kommission hat vor allem eine beratende Funktion zu Fragestellungen der Forschungsstrategie, der Weiterentwicklung strategischer Kooperationsformate, zur Etablierung neuer Forschungskoope-

rationen und zu Outreachaktivitäten« (Universität Tübingen o.J.a).

Somit wäre eine *Kommission Forschung* eine Mischung aus einem Informationsgremium, dessen Aufgaben die Gewinnung und der Austausch von Informationen zur Entscheidungsvorbereitung sind, und einem Beratungsgremium, dessen Aufgabe die entscheidungsreife Bearbeitung eines Problems ist (vgl. Wirtschaftslexikon²⁴ o.J.).

Wie kleinteilig oder wie groß angelegt eine zukünftige Zusammenarbeit im Rahmen einer *Kommission Forschung* sein könnte bzw. sein muss, kann sich erst im *Doing* zeigen. Wichtig wäre jedoch beim Aufbau einer solchen Kommission, von Beginn an bereits Standards festzulegen bzgl. immer wiederkehrender administrativer Forschungsaspekte, wie:

- Finanzierung/Förderung
- Verwaltungsvereinbarungen
- Datenschutz und Informationssicherheit
- Feldzugang
- Forschungsdatenmanagement¹¹

Welche konkreten Ziele sollten mit einer Kommission Forschung perspektivisch verfolgt werden?

Mit der Einrichtung einer *Kommission Forschung* könnte das Ziel verfolgt werden, die AG Kripo von Detaildiskussionen

11 »Das Thema Forschungsdatenmanagement wird immer wichtiger. Um bei den großen Drittmittelgebern erfolgreich zu sein, muss auch eine Strategie zum Datenmanagement vorgelegt werden. Dieser Datenmanagementplan legt fest, wie ein Projekt seine Forschungsdaten beschreiben und strukturieren will und wie die Daten nachhaltig gespeichert und zugänglich gemacht werden. Ein gutes Datenmanagement erlaubt eine weitere Nutzung von Daten einzelner Projekte durch andere Forscherinnen und Forscher. Die Universität Tübingen hat verschiedene Angebote in diesem Bereich – fächerübergreifend wie auch für bestimmte Disziplinen« (Universität Tübingen o.J.b).

in Forschungsfragen zu entlasten. Es ist zu konstatieren, dass aufgrund des Fehlens einer solchen Kommission bislang keine Entlastungseffekte hinsichtlich der strategischen Ausrichtung der Sicherheitsforschung und des Umgangs mit Forschungsbedarfen und -erkenntnissen existieren.

Ein weiteres, sehr wichtiges Ziel ist zudem, Synergien zu nutzen und zu bündeln. Im Ideal würde bei Forschungsbedarfen und -anliegen z.B. aus der Politik mit einer Stimme gesprochen werden können. Der Anspruch einer *Kommission Forschung* sollte primär darin bestehen, Herausforderungen für Forschung überhaupt erst sichtbar zu machen, also der Wissenschaft ‚Gewicht und Stimme‘ im Gremienraum zu geben.

Gemeinsam könnten – unter Aufteilung der spezifischen Forschungsaspekte je nach Ressource und Kompetenz – Projekte initiiert werden; auch um Forschungsgelder des Bundes und der EU zu akquirieren.

Trotz massiver Investitionen in die Sicherheitsforschung (vgl. Jarchow 2021: 91 f.) bleibt nach dem Befund der Regierungskommission Nordrhein-Westfalens jedoch folgendes Problem bestehen: »In der bundesdeutschen Sicherheitsforschung bestehen vielfältige Förderprogramme (zu nennen ist beispielsweise das Sicherheitsforschungsprogramm der Bundesregierung), die Forschung in den unterschiedlichen Sicherheitsbereichen finanzieren und dabei eine anwendungsbezogene Umsetzung einfordern. Auf diesem Weg sind umfängliche Sicherheitskonzepte erarbeitet worden, die aber oftmals nicht den Weg zu den Sicherheitsbehörden finden. Es liegen hier oftmals große Berührungspunkte gegenüber der Wissenschaft vor« (Regierungskommission Nordrhein-Westfalen 2020: 99).

In Anlehnung an die translationale Forschung¹² sollte darüber hinaus in der *Kommission Forschung* das Ziel verfolgt werden, den Zugang, die Akzeptanz und Übernahme evidenzbasierter Ansätze zu verbessern (vgl. Laub 2012); also zu bestimmen, wie, wo und von wem die implementierten Erkenntnisse tatsächlich in Anwendung gelangen.



© 2021 | Bundeskriminalamt Hamburg – Kriminologische Forschungsstelle

Abbildung 2: Wirkungsrahmen Kommission Forschung

Damit das Ziel translationaler Kriminologie, i.e. eine systematisierte Wissensdissemination und die erfolgreiche Umsetzung dieses Wissens, erreicht werden kann, bedarf es dementsprechend unterschiedlicher Strategien (vgl. Gallagher/Dobrin 2012). Diese beinhalten u.a. die Befassung mit

- zielgruppengerechter Wissenschaftskommunikation,
- einfacher Zugänglichkeit wissenschaftlicher Erkenntnisse sowie
- ausdrücklicher Beteiligung von Polizeipraktizierenden am Forschungsprozess (vgl. Laub 2012).

Fazit

Die Einrichtung einer Kommission Forschung kann vor diesem Hintergrund als eine Strategie zur Wissensdissemination angesehen werden, anhand derer polizeiliche Entscheidungsträgerinnen und -träger einen Zugang zu bedarfsgerecht aufbereiteten wissenschaftlichen Erkenntnissen erhalten und gleichermaßen am Forschungsprozess teilhaben bzw. aktiv mitwirken.

In Würdigung sämtlicher, im Artikel genannten Potenziale und Risiken unterstreichen die Autorin und der Autor daher den Bedarf einer Kommission Forschung als Ergänzung zur bestehenden Gremienstruktur in der AG Kripo.

Literatur:

Bundeskriminalamt (o.J.): Bevölkerungsbefragung zu Sicherheit und Kriminalität in Deutschland (SKiD). URL: https://www.bka.de/DE/UnsereAufgaben/Forschung/ForschungsprojekteUndErgebnisse/Dunkelfeldforschung/SKiD/skid_node.html [Zugriffsdatum 21.09.2021].

Bundeskriminalamt (2013): Die Gremienstruktur der AG Kripo (»Gremienpapier«). Wiesbaden.

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (2021): Projektskizze Megavo. URL: <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/the-men/sicherheit/megavo-projektskizze.html> [Zugriffsdatum 20.10.2021].

Feltes, Thomas/Plank, Holger (2021): Rassismus und Rechtsextremismus in der Polizei? Ein Beitrag für und über eine »rechtschaffen(de)«, demokratische (Bürger-)Polizei. Bearbeitungsstand 17.09.2021. URL: https://thomasfeltes.de/ima-ges/2021_0917_Feltes_Plank_finale_Version.pdf [Zugriffsdatum 21.10.2021].

Gallagher, Catherine/Dobrin, Adam (2012): What Criminology and Public Health Bring to the Wrestle with Knowledge Translation, in: *Translational Criminology* (Winter 2012). URL: <https://cebcp.org/wp-content/uploads/2019/06/TC2-Winter2012.pdf> [Zugriffsdatum 25.06.2021].

Gatzke, Wolfgang (2013): Kriminalistisch-kriminologische Forschung im Spannungsfeld von polizeilicher Praxis, kriminalpolitischen Erwartungen und wissenschaftlicher Freiheit. Vortrag beim BKA: 60 Jahre KI – Forschung für die Innere Sicherheit.

URL: <https://www.polizei.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/ForumKI/ForumKI2013/kiforum2013Gatzke.html> [Zugriffsdatum 14.09.2021].

Henrichs, Axel (2021): Kommentar: Wissenschaftliche Studie – Deutsches Rechtssystem ist korrupt und willkürlich. In: *Kriminalistik*, 75 (1), S. 7.

¹² Forschung, die eine gezielte Übersetzung von Forschungsergebnissen in die Anwendungspraxis anstrebt, lässt sich als translationale Forschung bezeichnen. Translationale Forschung bildet damit einen Überbegriff für den Transfer wissenschaftlicher Erkenntnisse in die Praxis und deren praktische Implementierung. Das Ziel translationaler Forschung ist die Beschleunigung des Erkenntnisgewinns (durch Forschung) für Öffentlichkeit und Gesellschaft (vgl. Canada Health Research Institute 2004, zitiert nach Gallagher/Dobrin 2012).

Jarchow, Esther (2016): Forschung als anerkannte Ressource der Polizei. In: Frevel, Bernhard/Groß, Hermann (Hrsg.): Empirische Polizeiforschung: Bologna und die Folgen für die Polizeiausbildung. Frankfurt (Main); S. 187–197.

Jarchow, Esther (2021): Forschung für und bei der Polizei – Vermittlungsoption zwischen Notwendigkeit und Fiktion. In: Liebl, Karlhans/Kühne, Eberhard (Hrsg.): Polizeiwissenschaft – Fiktion, Option oder Notwendigkeit? Frankfurt (Main); S. 87–106.

KrimLEX (o.J.): Bundeskriminalamt. URL: http://www.krimlex.de/artikel.php?BUCHSTABE=B&KL_ID=42 [Zugriffsdatum 25.08.2021].

Laub, John H. (2012): Translational Criminology, in: Translational Criminology (Herbst 2012).

URL: <https://www.iadlest.org/Portals/0/Files/Documents/DDACTS/Docs/Evidence/translationalcrimfall2012.pdf> [Zugriffsdatum 25.06.2021].

Pesta, George B./Blomberg, Thomas G. et al. (2019): Translational Criminology: Toward Best Practice. URL: <https://link.springer.com/content/pdf/10.1007/s12103-018-9467-1.pdf> [Zugriffsdatum 27.08.2021].

springer.com/content/pdf/10.1007/s12103-018-9467-1.pdf [Zugriffsdatum 27.08.2021].

Regierungskommission Nordrhein-Westfalen (2020): Abschlussbericht der Regierungskommission »Mehr Sicherheit für Nordrhein-Westfalen«. URL: <https://www.land.nrw/sites/default/files/asset/document/abschlussbericht.pdf> [Zugriffsdatum 10.08.2020].

Universität Tübingen (o.J.a): Strategiekommision Forschung. URL: <https://uni-tuebingen.de/forschung/service/kommissionen/strategiekommision-forschung/> [Zugriffsdatum 25.08.2021].

Universität Tübingen (o.J.b): Forschungsdatenmanagement. URL: <https://uni-tuebingen.de/forschung/service/forschungsdatenmanagement/> [Zugriffsdatum: 12.09.2021].

Wirtschaftslexikon24 (o.J.): Gremienorganisation. URL: <http://www.wirtschaftslexikon24.com/d/gremienorganisation/gremienorganisation.htm> [Zugriffsdatum 15.09.2021].